



Interreg-Projekt EMR-EYES

Das 2018 Interreg EMR-EYES – Projekt richtet sich an Sicherheits- und Präventionsakteure innerhalb eines der ältesten grenzüberschreitenden Kooperationsgebietes in Europa, der Euregio Maas-Rhein (EMR). Das Projekt wurde auf Initiative des Gouverneurs der Provinz Lüttich kreiert.

Das Projekt wird durch den Europäischen „Fonds für regionale wirtschaftliche Entwicklung (EFRE)“ finanziert und von der wallonischen Region mitfinanziert. Es wird von verschiedenen Projektpartnern getragen, darunter der Provinz Lüttich (federführend), der Provinzen Belgisch- und Niederländisch-Limburg, Wegweiser Ostbelgien, der Stadt Verviers, des Polizeipräsidiums Aachen und des Openbaar Ministerie (die Staatsanwaltschaft von Niederländisch-Limburg).

EMR-Eyes zielt darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen diesen Akteuren auf euregionaler Ebene in Bezug auf drei Schwerpunktthemen zu stärken: Radikalismus, Wohnungsdiebstahl und Drogensucht. Um dieses Ziel zu erreichen, muss zwangsläufig der Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren vor Ort verbessert werden.

Für die Verwaltung des Projekts wurde in Lüttich ein aus drei Personen bestehendes gemeinsames Büro eingerichtet. Im Rahmen des Informationsaustauschs, die eine fundamentale Säule des Projekts ist, wird das gemeinsame Büro regelmäßig die Organisation von Schulungen, Studientagen, Workshops usw. zu Themen koordinieren, die unter die drei der oben genannten Prioritäten fallen.

Die Ziele:

Ziel des EMR-EYES-Projekts ist es, die bestehenden Strukturen zu optimieren sowie leistungsfähige Kommunikations- und Meldetools zu installieren, die die Einführung von Prozessen der Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen den Akteuren der Sicherheit (Polizei, Justiz) und der Prävention (Verwaltungsbehörden, NGOs und andere Interessengruppen) in der Euregio Maas-Rhein ermöglichen.

Konkret sind folgende Ziele des Projekts zentral :

- Bekämpfung der organisierten Kriminalität auf operativer Basis ;
- Förderung der Sicherheit und Prävention ;
- Grenzüberschreitende Zusammenarbeit: Polizei, Justiz, Städte und Gemeinden ;
- Verbesserung des Datenaustauschs auf gesetzlicher Grundlage und auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung ;
- Schaffung von Synergien zwischen bestehenden Organisationen, Strukturen und Instrumenten.